

Merkels Russlandpolitik

Zwischen Krisenmanagement und neuen Realitäten

Alexander Rahr

Die Bundeskanzlerin hat sich in der Russlandpolitik stark an die Sichtweise der USA und der mittelosteuropäischen EU- und NATO-Mitglieder angepasst. Nach der Bundestagswahl wird es darum gehen, den neuen Realitäten Rechnung zu tragen, unter anderem hinsichtlich einer europäischen Sicherheitsordnung und einem gemeinsamen Raum von Lissabon bis Wladiwostok.

Zweifelsohne hat sich Angela Merkel in ihren zwölf Regierungsjahren von den Prinzipien der Russlandpolitik ihrer Vorgänger – Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Gerhard Schröder – entfernt. Alle vorangegangenen Bundeskanzler respektierten die Sowjetunion (später Russland) als europäische Großmacht und suchten – auch im Kalten Krieg – nach einem strategischen Ausgleich mit Moskau in Europa. Der OSZE-Prozess war dafür ein Beispiel. Für alle Bundeskanzler vor 2005 war klar, dass ein gesamteuropäischer Friede nur mit und nicht gegen Moskau erreicht werden konnte. Eine historische Aussöhnung mit Russland nach dem Ende des Kalten Krieges galt als Axiom deutscher Russlandpolitik.

Es gibt objektive und subjektive Gründe, warum sich Merkel von der Leitlinie ihrer Vorgänger entfernte. Manche vermuten, schuld daran sei ihre ostdeutsche Biografie. Aber sie ging nicht so weit wie der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck, der von Russland dieselbe Art von Buße für die Verbrechen des Kommunismus forderte wie von Deutschland für die Gräueltaten des Nationalsozialismus. Vermutlich wurde Merkel in einer Zeit Kanzlerin, als es keine deutsche, sondern nur noch eine europäische Russlandpolitik geben konnte.

Der Beginn ihrer Kanzlerschaft fiel genau in die Zeit größter institutioneller Veränderungen in Europa: Die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten Mittelosteuropas und die drei baltischen Länder traten offiziell der EU und NATO bei. Die Eliten dieser Länder, antirussisch geprägt, übertrugen ihre Sichtweise auf die alten Mitglieder des westlichen Bündnisses. Statt einer von Westeuropa angestrebten Versöhnung mit Russland forderten sie Vergeltung für die 45-jährige sowjetische Okkupation.



Auf Distanz – Merkel und Putin, Pressekonferenz am 2.5.2017 in Sotschi.

Der Beginn von Angela Merkels Kanzlerschaft fiel ebenfalls in die Zeit, als zwischen den USA und Russland ein neuer geopolitischer Konflikt um die Stationierung von amerikanischer Raketenabwehr in Mittelosteuropa entflammte.

Um den deutschen Führungsanspruch in EU und NATO nicht aufs Spiel zu setzen, entschied die Kanzlerin, in der Russlandpolitik die kritische Sichtweise der neuen NATO-/EU-Mitgliedstaaten zu übernehmen. Die immer schwieriger werdende Konsenssuche in außenpolitischen Fragen im Bündnis sollte nicht gefährdet werden. Den USA erlaubte sie, trotz gegenteiligem Bundestagsbeschluss, ihre atomaren Bomben weiter auf deutschem Boden zu stationieren.

Schwierige Gemengelage

Merkel sprach sich bei ihrem Amtsantritt für eine 100-prozentige Loyalität und Gefolgschaft gegenüber den USA aus. Die „verheerende Situation“ wie während des Irakkrieges, als sich Deutschland und Frankreich mit Russland gegen die USA stellten, dürfe sich niemals wiederholen; eine erneute Spaltung des Westens in einer sicherheitspolitischen Frage wollte Merkel um jeden Preis vermeiden. Heute, da die transatlantischen Beziehungen wegen der Politik des neuen US-Präsidenten Donald Trump immer brüchiger werden, wird sich Merkel nun selbst von der westlichen

Führungsmacht und ihrem früheren Versprechen, für immer an der Seite der USA zu stehen, „egal was komme“, emanzipieren müssen.

Kritische Leser werden einwenden, es sei nicht Merkels Schuld, dass sich Russland während ihrer Kanzlerschaft vom Freund zum Gegner entwickelte. Tatsächlich begann Merkels Kanzlerschaft mit einer Verschlechterung der russisch-ukrainischen Gegensätze. Der Gaskonflikt berührte auch die EU. Merkels Vorgänger Schröder hätte diplomatische Wege gefunden, den Energiekonflikt zwischen Moskau und Kiew zu schlichten. Merkel überließ die Sache der EU-Kommission, die sich, unter dem Einfluss der neuen EU-Bürokraten aus den mittelosteuropäischen Ländern, rasch auf die Seite der Ukraine schlug. Nach dem Gastreit folgten weitere Konflikte – mal ging es um polnisches Fleisch, mal um ein Kriegerdenkmal in Estland, dann wieder um den Militärkonflikt in Südossetien, die amerikanische Raketenabwehr, die Unabhängigkeit des Kosovo, „bunte Revolutionen“ im postsowjetischen Raum, den „arabischen Frühling“ und so weiter.

Als in den USA der Demokrat Barack Obama mit einer neuen globalen Menschenrechtsagenda Präsident wurde, glaubte Merkel die Chance zu erkennen, gemeinsam mit ihm an einer neuen universalen liberalen Weltordnung zu bauen. Merkels Außen- und vor allem ihre Russlandpolitik orientierten sich stark an liberalen Werten. Da Merkel für ihre zweite Amtsperiode eine Regierungskoalition mit den Grünen anpeilte, und ein grüner Politiker dann Außenminister geworden wäre, suchte sie den Schulterchluss mit den tugendmoralischen Positionen der Grünen. Einer von der SPD immer wieder angemahnten Neuauflage der Ost- und Friedenspolitik gegenüber Moskau erteilte sie eine stille Absage. Deutschland kündigte sogar die Modernisierungspartnerschaft mit Russland, weil der Kreml sich anscheinend endgültig von liberalen Wertauffassungen des Westens verabschiedete. Merkel wollte künftig nur auf der Basis gemeinsamer Werte mit Russland kooperieren, die Grünen setzten gar auf einen *regime change* in Moskau.

Statt über einen schwierigen Dialog mit Russland nach dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung zu suchen, verinnerlichten die deutschen Eliten die Weltanschauungen der mittelosteuropäischen Staaten, die unter dem Kommunismus gelittenen hatten, und für die Russland immer der eindeutige Aggressor und sie selbst die ewigen Opfer des sowjetisch-russischen Imperialismus waren, und ihnen deshalb eine Wiedergutmachung zustände. Die deutschen Leitmedien und Thinktanks schwenkten auf diese Position ein, während Elder Statesmen wie Egon

Bahr und Hans-Dietrich Genscher vergeblich vor der Erschaffung eines künstlichen Feindbilds Russland warnten.

Krisenmanagement

In einem Punkt muss man allerdings vor Merkel den Hut ziehen. Sie hat alles getan, um einen schweren Konflikt zwischen dem Westen und Russland zu vermeiden. Dieser hätte nicht erst in der Ostukraine, sondern schon sechs Jahre früher eintreten können. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 stellte sich die Bundeskanzlerin gegen eine NATO-Erweiterung um die Ukraine und Georgien. Als Wladimir Putin dem liberaleren Dimitri Medwedew das Präsidentenamt überließ, versuchte sie, mit ihm die lodernen territorialen Konflikte im postsowjetischen Raum durch den sogenannten Meseberg-Prozess zu lösen. Eine angedachte Stärkung der OSZE und die Schaffung neuer Konsultationsmechanismen zwischen Russland und dem Westen kamen aber nicht zustande, auch weil die anderen europäischen Verbündeten Berlin hier nicht unterstützten.

Merkel zeigte sich auch reserviert gegenüber einer neuen „Östlichen Partnerschaft“ der EU, die von russlandkritischen Staaten wie Großbritannien, Schweden, Polen und den drei baltischen Staaten erfunden wurde, um die Länder zwischen EU und Russland durch Assoziierungsverträge an den Westen zu binden und Russland nach Asien abzudrängen. Die fehlgeleitete „Östliche Partnerschaft“ endete 2013 in der Ukraine in einem Desaster. Russland und die EU standen sich plötzlich in der Ukraine als „Kriegsparteien“ gegenüber. Merkel begriff die gefährliche Lage und übernahm mit Frankreich, ohne die Architekten der „Östlichen Partnerschaft“ einzubinden, die Friedensregelung in der Ostukraine. Ohne sie würde es kein Normandie-Format und keinen Minsker Friedensprozess geben. Sie verhinderte einen gesamteuropäischen Krieg, der viel verheerendere Auswirkungen gehabt hätte als die Jugoslawienkriege der 1990er-Jahre.

Sanktionen statt Realpolitik

So solide Merkels Rolle als Krisenmanagerin war, umso irritierender ist ihr fehlgeleiteter Weitblick auf Russland. Statt mit aller Kraft am Projekt eines gemeinsamen Raumes von Lissabon bis Wladiwostok zu arbeiten, der ein gemeinsames Europa mit Russland erschließen würde, verfällt sie ständig in ihre moralisierende Werte-Litanei. Statt die Möglichkeit zu

ergreifen, mit Putin über globale Sicherheitsfragen, beispielsweise über eine Deeskalation im Informationskrieg und Kooperation im Cyberspace zu verhandeln, spricht sie von allen westlichen Regierungschefs am lautesten über Sanktionen und belehrt den Kremlchef über Menschenrechtsverletzungen in seinem Land. Putin fühlt sich vorgeführt, Merkel gewinnt den Applaus daheim – aber man kommt in den für Europas Sicherheit existenziellen strategischen Fragen nicht weiter.

Deutsche und russische Auffassungen können heute unterschiedlicher nicht sein. Merkel fordert von Russland die bedingungslose Rückkehr zu den liberalen Prinzipien der Pariser Charta. Oft bekommt man angesichts bestimmter Aussagen deutscher und amerikanischer Politik- und Medienvertreter den Eindruck, dass man Putin, angesichts der demokratischen Defizite in seinem Land, die Machtlegitimität abspricht und nur mit einem Russland zusammenarbeiten möchte, das zur Außenpolitik Michail Gorbatschows und Boris Jelzins zurückkehrt.

Russland fordert, dass Deutschland sich von den USA emanzipiert und statt eines transatlantischen Europa auf ein Kontinentaleuropa setzt. Einem Kontinentaleuropa würde Russland mehr Sympathie entgegenbringen als einem transatlantischen. Während Merkel immer noch auf ein einflussreiches Werte-Europa als Modell für die Welt setzt, hat sich für Putin die Weltordnung längst verändert. Nicht mehr die USA und die EU geben in ihr den Ton an, sondern die neuen Kraftzentren Asiens, mit denen Russland Bündnisse schmiedet.

Nach den Bundestagswahlen wird Merkel vor einer außenpolitischen Zäsur stehen. Inzwischen sitzen ihre Gegner nicht allein in Moskau, sondern auch in Washington, Ankara und in so manch anderer europäischen Metropole. Trump wird, wenn er nicht gestürzt wird, den Westen verändern, weg von einer Werteorientierung – hin zu einer pragmatischen Interessenspolitik einzelner Staaten. Die beiden angelsächsischen Mächte USA und Großbritannien lösen ihre engen Bande mit EU-Europa, mit der Türkei kann es jederzeit zum offenen Bruch kommen. Merkel hofft, dass der französische Präsident Emmanuel Macron ein neuer Obama wird, mit dem zusammen sie die westliche Wertegemeinschaft in eine bessere Zukunft hinüberretten kann. Ihr Wunsch, sich als EU notgedrungen auch ohne die USA als Wirtschaftsmacht und sicherheitspolitischer Block zu behaupten, ist verständlich, doch kaum zu realisieren. Es werden sich zahlreiche EU-Länder finden, die eine militärische Sicherheitsgarantie der USA nicht gegen eine deutsch-französische tauschen wollen.

Die neuen Realitäten berücksichtigen

Die Menschen in Europa wachen plötzlich in einer veränderten geopolitischen Lage auf. Die traditionelle Schutz- und Atommacht USA ist weg – die zweite globale Atommacht, Russland, immer noch da und einflussreicher als noch vor ein paar Jahren. Darüber hinaus befürchtet Merkel, dass Trump und Putin über die Köpfe der Europäer hinweg einen Deal über globale Sicherheitsfragen, etwa den Kampf gegen den Terrorismus, bewerkstelligen könnten. Das heißt, dass der EU nichts anderes übrig bleiben würde, als – zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges – einen von US-amerikanischen Interessen losgelösten, eigenständigen Dialog über die europäische Sicherheit mit Russland zu führen. Aus einer Position der Stärke wird ein solcher Dialog kaum funktionieren.

Angela Merkel wird sehr wahrscheinlich nach den Bundestagswahlen im September Bundeskanzlerin bleiben. Danach steht sie vor einer riesigen Baustelle. Ihre Außenpolitik wird mehrere Vektoren benötigen: (1) Einigung auf gemeinsame europäische Nenner in der Sicherheitspolitik, (2) Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen, (3) Aufbau einer internationalen Antiterrorallianz angesichts zunehmender islamistischer Anschläge, (4) Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu China als Asiens Supermacht, (5) Konzeption eines „Gemeinsamen Raums von Lissabon bis Wladiwostok“. Der letzte Punkt wäre der Schlüssel zum europäischen Frieden mit Russland. 🌐



Prof. h. c. Alexander Rahr

geb. 1959, Chefredakteur *russlandkontrovers.de*; Deutsch-Russisches Forum; Unternehmensberater; Mitglied im Petersburger Dialog, im Waldai-Club, in Yalta European Strategy und im *WeltTrends*-Beirat

alexander.rahr@yahoo.de